

Eine aktuelle Umfrage erklärt, warum Deutschland in Griechenland so unbeliebt ist

Der dunkle Schatten der Euro-Krise

Deutschland hat in Hellas ein Imageproblem. Fast sechs von zehn Griechen äußern eine negative Meinung über das Land. Dies geht aus einer Umfrage hervor, die das renommierte Meinungsforschungsinstitut Kapa Research im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung erstellte. Allerdings: Es scheint ein positiver Trend ablesbar, der offenbar der neuen Regierung in Berlin zu verdanken ist.

Von Ronald Meinardus*

Man hätte meinen können, die Redenschreiber hätten ihre Texte vorher abgestimmt. Als Griechenlands Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis und der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz Ende Oktober in Athen vor die Presse traten, hatten beide eine weitgehend gleichlautende Botschaft: Beide sprachen von einem „neuen Griechenland“, neuen griechisch-deutschen Beziehungen und neuen Herausforderungen, die gemeinsam im Geiste der europäischen Zusammenarbeit und Solidarität zu lösen sind.

Berlin hat ein Image-Problem

Die positive Kommunikation, die Zelebrierung einer neu erwachten deutsch-griechischen Eintracht waren frappierend. Das demonstrative Streben nach Harmonie muss auch vor dem Hintergrund der Verwerfungen der Vergangenheit bewertet werden. Das

Bild Deutschlands in der griechischen Öffentlichkeit ist alles andere als positiv. Dass Deutschland hier ein Image-Problem hat, ist keine Übertreibung. Über die Jahre sind zahlreiche Meinungsumfragen zum Bild Deutschlands in Griechenland erschienen, alle kommen zu einem mehr oder minder schlechten Ergebnis. Auf dem Höhepunkt der Euro-Krise hatte die Unpopularität Deutschlands einen Höhepunkt erreicht: Damals – Mitte des vergangenen Jahrzehnts – hatten fast vier von fünf Griechinnen und Griechen ein schlechtes Bild von Deutschland. Dass es um das deutsche Image nicht gut steht, ist also allgemein bekannt – und demoskopisch untermauert. Bisher von den Meinungsforschern nicht erforscht waren die Ursachen der Negativbewertungen. Diese Lücke hat eine vom Athener Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Auftrag gegebene Meinungsumfrage nun geschlossen.

Quer durch alle Parteien

Am Anfang der Studie des renommierten Umfrageinstituts Kapa Research steht der Befund, dass 57 % der Befragten eine negative Meinung von Deutschland haben. Nicht besser wird das Ergebnis dadurch, dass fast jeder Dritte (29 %) eine „sehr negative“ Meinung hat. Auf die Frage „Was ist Ihre Meinung über Deutschland?“ antwortet lediglich eine Minderheit von 16 % mit „positiv“ oder „sehr positiv“. Am höchsten ist der Anteil derjenigen mit einem „sehr negativen“ Bild in der

Altersgruppe zwischen 55 und 64 Jahren: In dieser Gruppe haben 42 % ein „sehr negatives Bild“ von Deutschland. Auffallend an den Zahlen ist, dass Alter und Bildungsstand, nach denen die Ergebnisse durchgehend aufgeschlüsselt sind, einen relativ geringen Einfluss haben. Wesentlich deutlicher – und teilweise erheblich – sind die unterschiedlichen Meinungsbilder, wenn es um politische Assoziierung und die Nähe zu politischen Parteien geht. Entsprechend einem durchgehenden Rechts-Links-Schema ist die Unpopularität Deutschlands bei Anhängern der Kommunistischen Partei (KKE) mit 70 % besonders hoch; bei den Anhängern der linken SYRIZA-Partei liegt dieser Anteil bei 64 %. Deutlich besser schneidet Deutschland bei Anhängern der konservativen Regierungspartei Nea Dimokratia (52 %) und der sozialdemokratischen KINAL (46 %) ab. Einen extremen Wert ergibt die Umfrage für Anhänger der rechts-populistischen „Griechischen Lösung“: In diesem Lager haben 88 % eine negative Meinung über Deutschland.

Drei erkennbare Hauptursachen

Woran liegt es, dass das Deutschland-Bild in Griechenland so schlecht ausfällt? Die Antwort auf diese zentrale Frage ist eindeutig und ließe sich auf den oft zitierten Satz „It's the economy, stupid“ verengen. Eine Mehrheit der Griechen ist der Meinung, dass für ihr negatives Deutschland-Bild vor allem Berlins Haltung in der Euro-

Krise verantwortlich sei. Am stärksten ausgeprägt ist diese Haltung bei den Anhängern der linken Parteien (KKE: 94 %, SYRIZA: 90 %). Doch immerhin auch 79 % der Sympathisanten der Nea Dimokratia (ND) meinen, die deutsche Politik in der Euro-Krise sei ausschlaggebend für ihre Einstellung. Ebenfalls einen hohen Stellenwert haben für eine Mehrheit der Befragten die nicht verarbeitete Vergangenheit der deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg und die Frage der Reparationen. Außerdem sind 77 % der Meinung, dass Deutschlands Politik vor dem Hintergrund der griechisch-türkischen Konflikte eine entscheidende Rolle spiele.

Schließlich noch ein Blick ins Hier und Jetzt. Die Daten weisen in Bezug auf das Deutschland-Bild der Griechen in eine bessere Zukunft. Während eine Mehrheit der Befragten (54 %) der Meinung ist, dass sich mit dem Machtwechsel in Berlin von der Großen Koalition zur Ampel-Regierung nichts an ihrem Bild von Deutschland geändert hat, erkennt ein Drittel (32 %) einen positiven Trend. Dieser Anteil ist besonders hoch bei den Anhängern der Regierungspartei ND. Für das Deutschland-Bild der griechischen Konservativen scheint es offenkundig zweitrangig zu sein, ob in Berlin ein Mitglied der Schwesterpartei CDU regiert oder ein Sozialdemokrat.

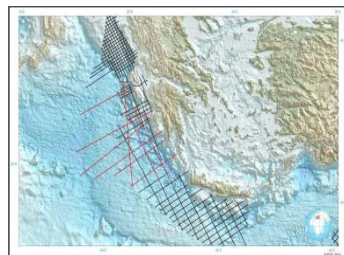
* Dr. Ronald Meinardus leitet das Mittelmeer-Programm der Hellenischen Stiftung für Europäische und Auswärtige Politik (ELIAMEP).

Beginn der Suche nach fossilen Brennstoffen in griechischen Gewässern

Das Forschungsschiff „Sanco Swift“ hat am Donnerstag (10.11.) die Suche nach fossilen Brennstoffen im Ionischen Meer sowie in der Meeresregion westlich und südwestlich von Kreta aufgenommen. Das gab Energieminister Kostas Skrekas in einem Interview für den staatlichen Fernsehen ERT bekannt. Die ersten Ergebnisse werden bereits in den kommenden Tagen erwartet. Falls ausreichende Vorkommen an Erdgas in der Region lagern sollten, könnte die Förderung 2027 oder 2028 beginnen.

Schutz von Meeressäugern

Die „Sanco Swift“ gehört dem norwegischen Unternehmen PGS. Den Auftrag für die jetzigen Forschungen erteilten das Unternehmen Helleniq Energy sowie der US-amerikanische Mineralölkonzern ExxonMobil, der zu 70 Prozent an der Erschließung und Förderung der vermuteten Lagerstätten beteiligt ist. Die Bohrgenehmigung war vom griechischen Parlament bereits im Jahr 2019 erteilt worden; damals hatte auch das französische Energieunternehmen Total Interesse an dem Vorhaben bekundet.



Seismische Untersuchungen südlich von Kreta (ek/Archiv)

Doch im April dieses Jahres stiegen die Franzosen aus dem Projekt aus. Vor allem Bedenken von Umweltschützern hatten den Start der Forschungsarbeiten in der Region bisher verzögert. So etwa wurden ExxonMobil und Helleniq Energy dazu verpflichtet, künftig stärker Naturschutzgebiete sowie den Schutz von Walen und anderen großen Meeressäugern zu berücksichtigen. So soll ihnen etwa genügend Zeit gegeben werden, damit sie sich aus der zu untersuchenden Region entfernen können, ehe dort die Bohrarbeiten beginnen.

Auch werden die Beobachtungsstellen für diese Säugetiere verdoppelt. Einen entsprechenden Antrag hatten bereits vor drei Jahren die Umweltschutzorganisationen WWF Hellas und Greenpeace gestellt.

Geopolitische Stärkung

Die nun beginnenden Forschungsarbeiten sollen laut Plan bis Ende 2023 beendet worden sein. Dann könnte im Jahr darauf eine Entscheidung getroffen werden, ob man letztendlich mit der Förderung der Rohstoffe beginnt oder nicht. Ab 2025 könnten die ersten konkreten Erkundungsbohrungen durchgeführt werden. Die ersten Einnahmen würden demnach erst in sechs bis sieben Jahren fließen, falls es dort tatsächlich nennenswerte Erdöl- oder Erdgasvorkommen geben sollte. Erklärtes Ziel Athens ist es, die geopolitische Position des Landes zu stärken. So etwa soll auch Strom aus erneuerbaren Energiequellen aus Afrika über Griechenland weiter nach Westeuropa transportiert werden (siehe auch Seite 2).

Elisa Hübel

Protest gegen Windkraftanlagen auf Euböa und Skyros

Etwa 3.000 Menschen haben sich am Sonntag (13.11.) an einer Demonstration in Chalkida, der Hauptstadt der Großinsel Euböa, beteiligt. Dazu aufgerufen hatten Lokalpolitiker sowie Naturschutzorganisationen und Vereine. Gerichtet war der Protest gegen die Errichtung weiterer Windkraftanlagen auf den Bergen der Insel. Der Plan sieht vier neue Windparks auf vier Gebirgszügen vor; jede dieser Anlagen soll eine Höhe von bis zu 150 Metern erreichen können. Vor allem gaben die Kritiker zu bedenken, dass die Windparks und die Straßen die dafür gebaut werden müssen, zum Teil mitten in Natura-2000-Schutzgebieten entstehen sollen. Die Demonstranten erinnerten daran, dass im Süden Euböas bereits 714 Windanlagen Strom erzeugen. Im Norden wurden hingegen im vergangenen Jahr 55.000 Hektar Wald und landwirtschaftliche Nutzfläche bei verheerenden Bränden Opfer der Flammen. Auf dem Berg Kochylas auf Skyros sollen auf etwa 3.700 Hektar 58 Windkraftanlagen entstehen. Auch hier sind Natura-2000-Schutzgebiete betroffen. Archäologen warnen davor, dass auch archäologische Stätten durch die Bauarbeiten beschädigt werden könnten. (GZeh)